

# Das BZS teilt mit = L'OFPC communiqué = L'UFPC informa

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **34 (1987)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **27.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Auftrag und Arbeitsplan der Arbeitsgruppe «Einsatz des Zivilschutzes zur Nothilfe bei Katastrophen in Friedenszeiten**

## Bericht wird Ende Jahr abgeliefert

**am. Seit vergangenem 26. Februar 1987 prüft eine Arbeitsgruppe, wie die Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes zur Nothilfe bei Friedenskatastrophen besser genutzt werden können. Die Ereignisse von Tschernobyl und Schweizerhalle hatten uns vor Augen geführt, dass wir von Gefahren bedroht werden, mit denen wir bisher kaum je ernsthaft gerechnet hatten. Im Anschluss daran wurde nicht nur die Frage gestellt, wie wir diesen Bedrohungen und deren Meisterung wirksam begegnen, sondern auch, welche Rolle dabei der Zivilschutz übernehmen könnte. Um diesen komplexen Fragenkatalog zu beantworten, hat Frau Bundesrätin Kopp eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Ende Jahr einen Bericht abliefern soll. Am vergangenen Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzämter stellte BZS-Direktor Hans Mumenthaler den Auftrag dieser Arbeitsgruppe vor, deren Präsident er ist.**

### Ausgangslage

Die Ereignisse von Tschernobyl und Schweizerhalle haben uns Bedrohungsformen vor Augen geführt, mit denen wir in dieser Art bisher kaum je ernsthaft gerechnet hatten. Damit verbunden wurde die Frage, wie weit der Schutz vor solchen Bedrohungen und die Meisterung bzw. Minderung deren Folgen sichergestellt werden können. Parallel dazu wurde die Frage in den Raum gestellt, welches die Funktion des Zivilschutzes bei solchen Ereignissen zu sein hat bzw. zu sein hätte.

Es ist unbestritten, dass der Zivilschutz schweizerischer Prägung primär zum Schutze der Bevölkerung gegenüber bewaffneten Konflikten geschaffen worden ist. Die Zivilschutzkonzeption hat im Hinblick auf diese Zielsetzung das Schwergewicht der Massnahmen auf den vorsorglichen Schutz der Bevölkerung gelegt.

Aber schon im Verfassungsartikel und dann auch im Gesetz wurde daneben ausdrücklich vorgesehen, dass der Zivilschutz ausserhalb seines Primärauftrages im Rahmen der Gesamtverteidigung auch für Hilfeleistungen bei Katastrophen in Friedenszeiten eingesetzt werden könne. Das Gesetz hält dazu fest, dass es die Kantone bzw. die Gemeinden sind, die die Zivilschutzorganisationen in eigener Verantwortung zur Nothilfe aufbieten können. Damit wird unterstrichen, dass in unserem föderalistischen Staatssystem die Vorsorge gegen die Auswirkungen möglicher Katastrophen in erster Linie den Gemeinden, Bezirken und Kantonen obliegt. Sie sind es, die zu diesem Zwecke über Polizei, Feuerwehr, andere Wehrorganisationen, Spitaldienste und andere mehr verfügen.

### Arbeitsgruppe

Aufgrund der Ereignisse von Tschernobyl und Schweizerhalle hat Frau Bundesrätin Kopp im Hinblick darauf, dass es wünschbar und richtig ist, die Zivil-

schutzorganisationen der Gemeinden im Rahmen des rechtlich und praktisch Machbaren zur Nothilfe bei Katastrophen einzusetzen, eine Arbeitsgruppe beauftragt, alle damit verbundenen

Aspekte vertieft abzuklären. Da der Zivilschutz in den Kantonen und insbesondere in den Gemeinden verwirklicht wird, wurde es als unerlässlich erachtet, in der mit den Abklärungen betrauten Arbeitsgruppe vor allem auch auf die Mitwirkung von Vertretern der Kantone und Gemeinden sowie von anderen, von Bundesstellen unabhängigen Instanzen zählen zu dürfen. Die Arbeitsgruppe, die von Direktor Mumenthaler präsiert wird, umfasst die Herren Regierungsräte Spitteler (BL), Bühler (LU), Rosenberg (TG) und Schmutz (VD). Es gehören ihr ferner an die Herren Gemeinderäte Berthod (Biel), Schwizer (St.Gallen) und Caprez (Zumikon). Schliesslich wirken mit Frau Speich, als Vertreterin des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, und Herr Graber, als Vertreter der Zentralstelle für Gesamtverteidigung.

### Bericht bis Ende Jahr

Zum Auftrag der Arbeitsgruppe. Es geht Frau Bundesrätin Kopp darum, in einem Bericht darüber Auskunft zu erhalten, ob und wie die Möglichkeiten zum Einsatz des Zivilschutzes zur Not-



hilfe besser genutzt werden könnten. Dabei ist im Bericht zu unterscheiden, was und in welcher Zeit ohne Änderungen von Gesetzen und Verordnungen möglich erscheint bzw. was Änderungen der rechtlichen Grundlagen voraussetzt. Der Bericht soll zu konkreten Vorschlägen führen und ist bis Ende dieses Jahres abzuliefern.

### Aufteilung der Arbeit

Die vorzunehmenden Arbeiten werden in solche mit politischem Charakter und solche mit rechtlich/praktischem Charakter aufgeteilt.

Zu den Arbeiten mit politischem Charakter sind vor allem die Festlegung der aus der Sicht der Arbeitsgruppe abzuklärenden Aspekte zu zählen. Dazu gehört aber dann ferner insbesondere auch, die gestützt auf die Zielvorstellungen der Arbeitsgruppe von Fachleuten erarbeiteten Berichte aus dieser mehr politischen Sicht zu beurteilen und sie schliesslich zu einem Gesamtbericht der Arbeitsgruppe zusammenzufassen.

Die rechtlichen und praktischen Arbeiten sollen von den Fachberatern der

Arbeitsgruppenmitglieder erarbeitet werden. Es sind dies im wesentlichen die Zivilschutzchefs der vertretenen Kantone, andere, im Bereich der Kantone in Führungsstäben eingesetzte Personen, die Ortschefs und zum Teil Zivilschutzstellenleiter der beteiligten Gemeinden sowie fallweise Mitarbeiter des Bundesamtes. Die Arbeitsgruppe kann den Beizug von zusätzlichen Experten anordnen.

Die Arbeitsgruppe hat bisher in vier Sitzungen den Auftrag analysiert und das Vorgehen festgelegt. Sie hat dabei die zu behandelnden Fragen in verschiedene Problemkreise aufgegliedert und diese in einer bereinigten Liste festgehalten. Mit dieser Festlegung hat sie auch bereits eine Erstbeurteilung der verschiedenen Aspekte vorgenommen und zu bestimmten Fragen verbindliche Hinweise gegeben, in welche Richtung sie die Abklärungen und die Lösungsvorschläge haben möchte.

### Breite Zusammensetzung

Wie aus diesen Ausführungen zu entnehmen ist, wurde bei der Kommissionszusammensetzung Wert darauf

gelegt, die vier Kantonsgruppierungen vertreten zu wissen. Weiter wurde besonders darauf geachtet, dass auch die «Suisse latine» angemessen Einsitz nehmen kann. Ebenso ging man davon aus, dass es richtig sei, den durch die Ereignisse von Schweizerhalle besonders betroffenen Kanton Baselland in der Arbeitsgruppe zu wissen. Schliesslich wurde auch darauf geachtet, dass bei den politischen Vertretern der Arbeitsgruppe den unterschiedlichen Parteiprovenienzen Rechnung getragen wird.

Warum diese Hinweise? Es geht darum, aufzuzeigen, nach welchen Kriterien das Departement bei seinen Überlegungen vorgegangen ist. Sie sollen ferner wissen, dass jede der vier kantonalen Arbeitsgruppen letztlich vertreten ist und damit Gelegenheit hat, die Arbeiten zu verfolgen und allenfalls auch Wünsche einzubringen.

Zeitmässig werden die Arbeiten so geplant, dass bis im September dieses Jahres ein erster Zwischenbericht und bis Ende Jahr der eigentliche Bericht der Arbeitsgruppe vorliegen sollte.

### Mission et programme du groupe de travail «Intervention de la protection civile pour porter des secours urgents lors de catastrophes survenant en temps de paix»

## Remise des conclusions en fin d'année

**am. Depuis le 26 février dernier, un groupe de travail étudie comment mieux tirer parti des possibilités d'intervention de la protection civile pour porter des secours urgents lors de catastrophes survenant en temps de paix. Les événements de Tchernobyl et de Schweizerhalle nous ont fait prendre conscience de dangers que nous n'avions guère pris au sérieux jusqu'ici. La question qui se posait dès lors n'était pas seulement celle des moyens à mettre efficacement en œuvre pour contrer et maîtriser ces menaces, mais aussi celle du rôle que pourrait jouer en l'espèce la protection civile. Pour répondre à ces interrogations, multiples et complexes, la Conseillère fédérale Kopp a constitué un groupe de travail qui devrait déposer ses conclusions en fin d'année. Au dernier rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile, le directeur de l'OFPC, Monsieur Mumenthaler, a présenté la mission de ce groupe, dont il assure la présidence.**

### Situation de départ

Les événements de Tchernobyl et de Schweizerhalle nous ont confrontés à des formes de menace auxquelles nous ne nous étions guère attendus. La question s'est alors posée de savoir jusqu'à quel point il est possible de se protéger de telles menaces et d'en maîtriser ou, du moins, d'en atténuer les conséquences. Parallèlement, on s'est interrogé sur le rôle que la protection civile doit ou devrait remplir dans de telles circonstances.

Il est indéniable que la protection civile suisse a été créée avant tout pour proté-

ger la population en cas de conflits armés. La conception de notre protection civile a mis dans cette optique l'accent des mesures sur la protection préventive des habitants.

Mais déjà l'article constitutionnel et la loi elle aussi prévoient expressément qu'outre sa tâche première au sein de la défense générale, la protection civile peut aussi être engagée pour porter des secours en cas de catastrophes en temps de paix. A ce sujet, la loi stipule que les cantons et les communes peuvent mettre sur pied, de leur initiative, les organismes de la protection civile pour por-

ter des secours urgents. Il est ainsi indéniable que dans notre système d'Etat fédéraliste, la prévention contre les suites de catastrophes possibles incombe en premier lieu aux communes, districts et cantons. A cette fin, ils disposent de la police, de sapeurs-pompiers, d'autres organisations d'intervention, de services hospitaliers, etc.

### Constitution d'un groupe de travail

A la suite des événements de Tchernobyl et de Schweizerhalle, la Conseillère fédérale Elisabeth Kopp a estimé qu'il serait juste et souhaitable d'engager, dans les limites juridiques et pratiques existantes, les organisations de la protection civile des communes pour porter des secours urgents en cas de catastrophes. Aussi a-t-elle constitué un groupe de travail chargé d'étudier à fond tous les aspects posés dans ce contexte. Etant donné que la protection civile se réalise dans les cantons et surtout dans les communes, il a été estimé indispensable que ce groupe de travail puisse également compter sur la collaboration de représentants cantonaux et communaux ainsi que d'autres organes indépendants de l'administration fédérale. Ce groupe de travail, présidé par Monsieur Mumenthaler, comprend Messieurs les Conseillers d'Etat Spittler (BL), Bühler (LU), Rosenberg (TG) et Schmutz (VD). En font aussi partie Messieurs les conseillers communaux Berthoud, de Bienne, Schwizer, de St-Gall, et Caprez, de Zumikon. Enfin, Madame Speich y représente l'Union

suisse pour la protection civile et Monsieur Graber, l'Office central de la défense.

### Rapport en fin d'année

Quelle est la mission du groupe de travail? Madame Kopp demande qu'on l'informe, par un rapport, si et comment les possibilités d'engager la protection civile pour porter des secours urgents pourraient être mieux mises à profit. Il conviendra de préciser dans ce même rapport, d'une part, ce qui semble possible, et dans quel délai, sans modification des lois et des ordonnances, et, d'autre part, à quelles modifications des bases légales il faudrait procéder. Le rapport doit déboucher sur des propositions concrètes et sera déposé à la fin de cette année.

### Répartition du travail

Les travaux à effectuer se répartissent en tâches de nature politique et en tâches de nature juridique et pratique. Parmi les travaux de nature politique figure surtout la détermination des aspects à étudier sous l'optique du groupe de travail. Mais en font aussi partie les rapports élaborés, en fonction des vues du groupe de travail, par des spécialistes. Il y a lieu d'apprécier les rapports d'un point de vue plus politique, pour finalement les réunir dans un rapport d'ensemble du groupe de travail. Les conseillers techniques des membres du groupe de travail doivent effectuer les travaux juridiques et pratiques. Ce sont surtout les chefs de protection civile des cantons représentés, d'autres personnes engagées dans les état-majors de conduite des cantons, les chefs locaux et, pour une part, les chefs des offices de protection civile des com-



munes participantes. Y participent aussi, de cas en cas, des collaborateurs de l'Office fédéral. Le groupe de travail peut demander le concours d'experts supplémentaires.

Le groupe de travail s'est réuni à quatre reprises jusqu'ici et a analysé le mandat et fixé la marche à suivre. Il a regroupé les questions à traiter en trois catégories de problèmes et dont on a

dressé la liste. En même temps, le groupe a procédé à une première appréciation des différents aspects. Pour des questions déterminées, il a indiqué dans quelle direction devraient aller obligatoirement les explications et les propositions de solutions.

### Une large représentation

Comme il ressort de ces explications, on a veillé, dans la composition de la commission, à ce que les quatre groupes de cantons, formés par les chefs de la protection civile, soient représentés. On a aussi tenu à ce que la «Suisse latine» puisse y participer de manière appropriée. Il a été aussi estimé juste que le canton de Bâle-Campagne, particulièrement touché par les événements de Schweizerhalle, soit représenté dans le groupe de travail. Finalement, on a aussi pris garde à ce que les représentants politiques au sein du groupe proviennent des différents partis.

Pourquoi de telles précisions? Il s'agit d'expliquer les critères qui ont guidé le département dans ses réflexions. Vous devez en outre savoir que chacun des quatre groupes cantonaux est représenté en fin de compte, qu'il a la possibilité de suivre les travaux et, le cas échéant, également de faire part de ses souhaits.

Les travaux sont planifiés de manière à déposer un premier rapport intermédiaire d'ici au mois de septembre prochain et le rapport proprement dit du groupe de travail, en fin d'année.



Informationsschwergewichte in den Jahren 1987 und 1988

# Kenntnisse des Schutzraumes und der Merkblätter

**am. In den Jahren 1987 und 1988 sollen sowohl die Kantone als auch die Gemeinden und das Bundesamt für Zivilschutz besondere Anstrengungen unternehmen, um die Bevölkerung über die Merkblätter im Telefonbuch und die Schutz- und Nutzungsmöglichkeiten des Schutzraumes aufzuklären. Ziel ist es, dass Ende 1988 – am Ende des Jubiläums «25 Jahre moderner Zivilschutz» – bedeutend grössere Bevölkerungsteile als jetzt mit dem Zivilschutzgedanken im allgemeinen und mit den Merkblättern sowie den Schutzmöglichkeiten im besonderen vertraut ist. Am vergangenen eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz wurde vom BZS dazu aufgerufen, die notwendigen finanziellen Mittel in den Budgets bereitzustellen und auch in den kommenden Jahren Geld für die Information bereitzuhalten.**

## Schwerpunkte

Nicht zuletzt die Ereignisse des vergangenen Jahres haben die Bedeutung einer praxisorientierten Information über den Zivilschutz deutlich aufgezeigt. Es wurde insbesondere klar, dass nach wie vor der Mann auf der Strasse nur ungenügend darüber informiert ist, was der schweizerische Zivilschutz ist und kann und was nicht. Es wurde auch klar, dass die Aufklärung der Bevölkerung ein Dauerauftrag ist und für die Verankerung des Zivilschutzgedankens in der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist.

Das Bundesamt für Zivilschutz bemüht sich seit einigen Jahren, Informationsmittel zu erarbeiten und den Kantonen, Fachorganisationen und allen interessierten Bürgern zur Verfügung zu stellen. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, bis auch die breite Bevölkerung über Sinn und Zweck des Zivilschutzes, über seine Mittel und Einsatzmöglichkeiten sowie über das zweckmässige Verhalten in ausserordentlichen Lagen informiert ist.

Aus diesem Grund hat das BZS im Herbst 1986 damit begonnen, für jeweils zwei Jahre Schwerpunkte in der Information zu setzen. Am 24. und 25. November 1986 wurde für die Informations-Verantwortlichen der kantonalen Ämter für Zivilschutz sowie der interessierten Verbände und Organisationen eine Arbeitstagung durchgeführt. Dabei wurden die Schwerpunkte der Information für 1987 und 1988 festgelegt. Die Information soll demnach in den beiden Jahren auf den zwei folgenden Bereichen besonders intensiv erfolgen:

- Aufklärung über Vorhandensein und Inhalt des Zivilschutz- und des Alarmierungsmerkblattes auf den hintersten Seiten des Telefonbuches
- Aufklärung über die Schutz- und Nutzungsmöglichkeiten, die die Schutzräume im Kriegs- und Katastrophenfall bieten, über die Schutzraumeinrichtungen, Schutzraumkontrollen usw.

## Schlussbilanz 1988

Über das Ergebnis der unternommenen Anstrengungen, die Bevölkerung über diese beiden Aspekte zu informieren, soll an der nächsten Informationstagung im November 1987 eine erste Zwischenbilanz und im Herbst 1988 gestützt auf eine Erfolgskontrolle mittels einer Umfrage eine Schlussbilanz gezogen werden.

## Zusätzliche Informationsmittel

Das Bundesamt für Zivilschutz stellt nicht nur alle seine bisherigen Informations- und Werbemittel zur Verfügung, sondern hat zusätzliche Mittel bereits erarbeitet bzw. in Planung.

So verweist das BZS auf den TV-Informationsspot über den Probealarm, der bereits mehrmals vor dem ersten Probealarm vom 4. Februar 1987 ausgestrahlt wurde und im September erneut gezeigt wird. Zurzeit ist das BZS an der Vorbereitung eines Radiospots, der ebenfalls der Aufklärung über die Alarmierung dient.

Noch in diesem Jahr wird eine von der AGO vorgeschlagene Informationsschrift erscheinen, eine Art Schutzraumfibel mit sachdienlichen Informationen rund um den Schutzraum. Damit soll eine möglichst breite Öffentlichkeit insbesondere anlässlich gezielter Informationsveranstaltungen in den Gemeinden angesprochen werden.

Es ist sodann davon auszugehen, dass im Jahre 1988 im Rahmen des Pressetages des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes unter anderem auch aktuelle Fragen des Zivilschutzes erläutert werden, insbesondere, was das Verhalten der Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen betrifft.

Im Jahre 1988 wird das BZS zudem zusammen mit den entsprechenden kantonalen Ämtern, dem SZSV und seinen betroffenen Sektionen an vier grossen überregionalen Ausstellungen (Muba, Comptoir, Espo TI und Olma) mit grossen Ausstellungen präsentieren und dabei ein besonderes Augenmerk auf

die Alarmierung und die Ausrüstung der Schutzräume für einen allfällig längerdauernden Schutzraumauftenthalt richten.

Ab 1987 erhalten alle Ortschefs der von BZS inspizierten ZSO jeweils eine Informationsmappe mit den wichtigsten Informations- und Werbemitteln. Desgleichen gibt das BZS seit diesem Jahr allen Teilnehmern eines Ortschefsurses in Schwarzenburg eine Informationsmappe ab.

## Anliegen des BZS

Das BZS bittet, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um zu erreichen, dass Ende 1988 der Grossteil der Bevölkerung über die beiden genannten Bereiche informiert ist. Da der moderne schweizerische Zivilschutz im nächsten Jahr zudem 25jährig wird (Inkrafttreten des Zivilschutzgesetzes), soll dies zum Anlass genommen werden, den Zivilschutzgedanken mit weiteren Informationskampagnen unter das Volk zu bringen. Es wird aufgefordert, im Budget 1988 und auch für die folgenden Jahre einen Posten «Information» einstellen zu lassen, um diesem wichtigen Anliegen den entsprechenden Nachdruck verschaffen zu können.

## Förderung der Zivilschutz-Information in militärischen Schulen und Kursen

Der Information der Truppe und insbesondere des Offizierskorps kommt grosse Bedeutung zu, geht es doch nicht zuletzt auch darum, günstige Voraussetzungen für den Übertritt in den Zivilschutz nach Erfüllung der Wehrpflicht zu schaffen.

Aufgrund positiver Erfahrungen in der Offiziersschule Zürich/Reppischtal (halbtägige Informationsveranstaltung durch das Amt für Zivilschutz des Kantons Zürich) und in Truppenkursen der Felddivision 7 (Absprachen zwischen den Ortschefs und den Truppenkommandanten im Rahmen taktischer Kurse und von WK, Information durch die kantonalen Ämter im Rahmen der ZS I-A) würde das BZS es begrüßen, wenn eine entsprechende Information in andern Offiziersschulen bzw. in Schulen und Kursen der grossen Verbände (vorab auf Divisionsstufe) vermittelt werden könnte. Die Verwirklichung eines solchen Vorhabens würde allerdings die Mitarbeit der kantonalen Zivilschutzämter voraussetzen. Zur Erleichterung des Einsatzes wäre das BZS – wie bei den für das Jahr 1988 festgelegten Ergänzungskursen der schweren Landsturmfüsilierkompanien der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen – bereit, im Sinne einer möglichen Lösung ein Standardprogramm und -referat zu erarbeiten bzw. geeignete Arbeitsunterlagen vorzubereiten. ▽

Les objectifs de l'information en 1987 et 1988

# Connaissances de l'abri et des aide-mémoire

**am. En 1987 et 1988, les cantons, aussi bien que les communes et l'Office fédéral de la protection civile, devront s'employer à mieux faire connaître à la population les aide-mémoire figurant dans l'annuaire téléphonique ainsi que les possibilités de protection et d'utilisation offertes par les abris. L'objectif est qu'à la fin de 1988 – qui est l'année du «25<sup>e</sup> anniversaire de la protection civile moderne» – une part bien plus importante qu'actuellement de la population soit familiarisée avec la protection civile en général ainsi qu'avec les aide-mémoire et les possibilités de protection. Lors du dernier rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile, l'OFPC a demandé que les moyens nécessaires à cet effet soient prévus dans les budgets des années à venir.**

## Accents

Les événements de l'an dernier ont largement contribué à souligner l'importance d'une information qui tient compte des problèmes concrets de la protection civile. L'homme de la rue, c'est un fait, est aujourd'hui encore insuffisamment informé de ce qu'est la protection civile, de ses possibilités et de ses limites. Il s'avère, par ailleurs, que l'information de la population est une tâche permanente et qu'elle est de nature à exercer une influence déterminante sur l'attitude de la population face à la protection civile.

Depuis des années déjà, l'Office fédéral de la protection civile élabore des moyens d'information et les met à la disposition des cantons, des associations professionnelles et de tous les citoyens intéressés. Malgré tout, beaucoup reste à faire jusqu'à ce que le grand public connaisse le sens et le but de la protection civile, ses moyens, ses possibilités d'intervention et qu'il sache comment se comporter dans les situations extraordinaires.

C'est pourquoi l'OFPC s'emploie depuis l'automne 1986, à définir les accents de notre politique d'information pour des périodes bisannuelles. A cet effet, il a organisé les 24 et 25 novembre 1986, une journée de travail à l'intention des responsables de l'information des offices cantonaux de la protection civile ainsi que des associations et organisations intéressées. A cette occasion furent définis les objectifs primaires de l'information pour 1987 et 1988. Il a été décidé de faire un effort d'information particulier dans les deux domaines suivants:

- Faire connaître à la population l'existence et le contenu des aide-mémoire de la protection civile et de l'alarme figurant aux dernières pages des annuaires téléphoniques
- Faire prendre conscience à la population des possibilités de protection et d'utilisation qu'offrent les abris en cas de guerre et de catastrophe et la renseigner sur l'équipement des abris

et les contrôles effectués par les autorités.

## Bilan final 1988

Lors de la prochaine journée d'information, en novembre 1987, il est prévu de tirer un premier bilan sur le résultat de cette double action. Le bilan final sera établi en automne 1988, sur la base d'un sondage d'opinion.

Sur le plan pratique, l'Office fédéral de la protection civile met à la disposition des intéressés toute sa gamme déjà connue de moyens d'information.

## Nouveaux moyens d'information

Parmi les moyens spécialement créés à l'appui de cette campagne d'information, l'OFPC mentionne le spot d'information télévisé sur l'alarme de la population qui a déjà été diffusé plusieurs fois avant l'essai d'alarme du 4 février 1987 et qui passera une nouvelle fois sur les écrans en septembre. Actuellement, il prépare un spot radiophonique qui vise aussi à améliorer l'information en matière d'alarme.

Cette année encore, sera édité un nouveau document d'information qui répond à la suggestion de l'AGO. Il s'agit d'une sorte de mémento contenant des informations pratiques sur tout ce qui a trait à l'abri. Ce texte devrait permettre de toucher un public aussi large que possible, notamment à l'occasion de séances d'information organisées dans les communes.

Par ailleurs, il est prévu en 1988, à l'occasion de la journée de la presse du Département fédéral de justice et police, d'aborder des problèmes actuels nés à la protection civile, en particulier à propos du comportement de la population lors de situations extraordinaires.

Avec le concours des offices cantonaux concernés de l'USPC et de ses sections, l'OFPC présentera en 1988, de grandes expositions dans quatre importantes foires suprarégionales (Muba, Comptoir, Espo TI et Olma); il se concentrera surtout sur l'alarme et l'équipement

des abris en prévision d'un éventuel séjour prolongé.

Depuis le début de 1987, tous les chefs locaux des OPC inspectés par l'OFPC reçoivent un dossier contenant des données utiles sur les moyens d'information de l'OFPC. Depuis le début de cette année, l'OFPC offre le même dossier également à tous les participants aux cours de chefs locaux à Schwarzenburg.

## Qu'est-ce que l'OFPC attend des cantons?

L'OFPC prie de tout mettre en œuvre pour qu'à la fin de 1988, la majeure partie de la population soit informée des deux domaines cités. En outre, la protection civile suisse moderne fêtera l'an prochain son 25<sup>e</sup> anniversaire; n'est-ce pas là une excellente occasion, par le biais de campagnes d'information, de mieux faire connaître la protection civile dans la population? Aussi, pour que cet important postulat se réalise, serait-il nécessaire de prévoir dans le budget 1988 et des années ultérieures une somme affectée à l'information.

## Intensification de l'information sur la protection civile dans les écoles et cours militaires

L'information de la troupe et tout particulièrement du corps des officiers revêt une grande importance; en effet, à travers une information appropriée, il est possible de créer des conditions favorables au passage dans la protection civile au terme des obligations militaires.

Au vu des expériences positives faites à l'école d'officiers Zurich/Reppischtal (demi-journée d'information assurée par l'Office de la protection civile du canton de Zurich) et lors des services d'instruction de la division de campagne 7 (rapports de coordination impliquant les chefs locaux et les commandants de troupe à l'occasion de cours tactiques et de CR, information par les offices cantonaux lors des EC I-A), l'OFPC souhaiterait qu'une information de ce type puisse être dispensée dans d'autres écoles d'officiers ou dans les écoles et cours des grandes unités (à l'échelon des divisions). Toutefois, une telle idée ne pourrait se concrétiser sans la collaboration des offices cantonaux de la protection civile. Pour leur faciliter le travail, l'OFPC serait disposé, comme pour les cours du landsturm des compagnies lourdes de fusiliers des troupes d'aviation et de DCA, prévus pour 1988, à élaborer, à titre de solution possible, un programme et un exposé standard; par ailleurs, il a l'intention de préparer une documentation appropriée. ▽